

Hafenarbeiter in NATO-Ländern setzen Zeichen gegen Gaza-Genozid

5 Okt. 2025 17:16 Uhr

Aus Protest gegen die Komplizenschaft der Regierungen ihrer Länder mit dem israelischen Genozid im Gazastreifen blockieren Hafenarbeiter in mehreren Ländern Europas Schiffe, wie z. B. die des israelischen Staatskonzerns ZIM, die Waffen in Europa abholen sollen.



Quelle: AP © Petros Karadjias

Archivbild: Ein Aktivistin hält am 3. Oktober 2025 im Hafen von Larnaca vor einem Boot der nach Gaza fahrenden Flottilla Sumud eine palästinensische Flagge.

Von Rainer Rupp

In der zurückliegenden Woche hat sich ein kraftvoller Protest in den Häfen Europas gegen die verheerende Offensive der Zionisten im Gazastreifen ausgebreitet. Diese Bewegung ist mehr als ein Arbeitsstreik, sie ist ein moralischer Aufstand gegen eine Kriegsmaschinerie, die Tod und Zerstörung über eine unschuldige Zivilbevölkerung bringt.

Hafenarbeiter von Genua über Marseille bis Spanien wollen damit nicht nur Israel ein Stoppschild zeigen, sondern auch für den Rest der Welt ein klares Zeichen setzen. Letzteres scheitert jedoch am Stillschweigen der westlichen "Qualitätsmedien", die derartig ungehörige Aktionen wie die der Hafenarbeiter entschlossen ignorieren, um die Leser und Zuschauer nicht zu beunruhigen oder – schlimmer noch – zum Nachdenken zu bewegen.

Spanien führt mit mutigem Embargo

Spanien hat mit einem bahnbrechenden Schritt die internationale Bühne betreten: US-Militärflugzeugen und -schiffen wurde untersagt, die Stützpunkte Rota und Moroni für Waffentransfers nach Israel zu nutzen. Diese Entscheidung, verwurzelt in einem Verteidigungspakt von 1988, ist ein Donnerschlag gegen die Kriegslogistik. Ministerpräsident Pedro Sánchez bezeichnete den Gaza-Konflikt als "Völkermord" und machte deutlich: Kein NATO-Land sollte zum Handlanger eines solchen Krieges werden. Während Spaniens Embargo Schlagzeilen macht, lodert die wahre Rebellion an den Docks, wo Hafenarbeiter Lieferketten für Israel lahmlegen und die globale Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Widerstand in Genua und Marseille

In Genua verweigerten am 27. September 2025 die Hafenarbeiter der Gewerkschaft USB und des Kollektivs CALP die Beladung des ZIM-Schiffs Zim Virginia, das zehn Container mit "gefährlichen Gütern" – vermutlich Sprengstoff – nach Israel transportieren sollte. Über 25.000 Demonstranten marschierten durch die Straßen und riefen: "Wir arbeiten nicht für den Krieg!" Sie forderten humanitäre Korridore und ein Ende der Waffenlieferungen. Nur Tage zuvor, am 24. September, hatten Hafenarbeiter in Marseille-Fos, angeführt von der Gewerkschaft CGT, die Beladung des Schiffs Contship Era gestoppt, nachdem sie 14 Tonnen Maschinengewehrkomponenten von Eurolinks entdeckt hatten, die im Gazastreifen hätten eingesetzt werden können. "Der Hafen von Marseille-Fos darf nicht zur Versorgung der israelischen Armee missbraucht werden!", hatte CGT-Sprecher Christophe Claret erklärt. Es war bereits die dritte Blockade in Marseille in diesem Jahr, inspiriert von ähnlichen Aktionen in Salerno und Scilla, wo italienische Arbeiter ebenfalls Waffenlieferungen nach Israel verhindert hatten.

Die Bewegung weitet sich aus

Die Flammen des Widerstands lodern weit über Italien und Frankreich hinaus. In Schweden, einem neuen NATO-Mitglied, hatte die Hafenarbeitergewerkschaft bereits im Januar 2025 mit 68 Prozent für einen Boykott jeglichen militärischen Handels mit Israel gestimmt. Der Aktivist Erik Helgeson wurde daraufhin unter dem Vorwand der "nationalen Sicherheit" entlassen – ein klarer Angriff auf die Gewerkschaftsfreiheit. In Griechenland blockierten im Oktober 2024 die Hafenarbeiter von Piräus 21 Tonnen Munition auf einem ZIM-Schiff und stoppten im Juli 2025 militärischen Stahl auf der Ever Golden.

Die militante Gewerkschaft PAME erklärte: "Hafenarbeiter werden nicht zu Komplizen des mörderischen Staates Israel und seiner Verbündeten – USA, NATO und EU." In Spanien schworen die Hafenarbeiter von Barcelona bereits 2023, keine Waffen nach Israel zu verladen, ein Versprechen, das durch Genuas Aktionen bekräftigt wurde. Belgische Häfen führten Teilverbote ein, während in Ravenna italienische Arbeiter im September 2025 zwei waffenbeladene Lastwagen stoppten, was landesweite Streiks auslöste.

Politische Unterstützung in NATO-Ländern

Die Hafenarbeiterbewegung wird durch politische Wenden in NATO-Ländern gestärkt, die den Druck auf Israel erhöhen. Slowenien, ein kleines NATO-Mitglied, führte im Juli 2025 als erstes EU-Land ein vollständiges Waffenembargo ein, das alle militärischen Im- und Exporte sowie Transite verbietet. Ministerpräsident Robert Golob prangerte die Untätigkeit der EU an, während Präsidentin Nataša Pirc Musar den Gaza-Konflikt als "Völkermord" bezeichnete.

Belgien und die Niederlande führten Teilverbote ein, Italien stoppt Lieferungen seit Oktober 2023, und Deutschland kündigte im August 2025 an, Exporte für den Gazastreifen zu stoppen, obwohl dies in der

CDU auf Widerstand stieß und es in Deutschland bei der Ankündigung geblieben ist. Großbritannien, das Palästina im September 2025 anerkannt hatte, versprach, keine F-35-Teile direkt an Israel zu liefern, während Kanada und Frankreich wegen versteckter Exporte in die Kritik gerieten.

Spannungen innerhalb der NATO

Die wachsende Spannung innerhalb der NATO, wo Bündnisverpflichtungen mit humanitären Imperativen kollidieren, nährt die Entschlossenheit der Hafenarbeiter, die sich gegen die Kriegslogistik der Nordatlantischen Terrororganisation (NATO) stellen. In Genua forderten Gewerkschaften am 26./27. September 2025, dass Mittelmeerhäfen zu "waffenfreien Zonen" werden, und drohten mit umfassenden Handelsblockaden, falls Gaza-Hilfsflottillen wie Global Sumud behindert werden.

Konkrete Wirkung und hoher Preis

Die Aktionen der Hafenarbeiter zeigen konkrete Wirkung: Verzögerungen in Genua und Marseille kosteten Logistikfirmen Millionen und zwangen ZIM, auf Häfen etwa in Deutschland umzuleiten, also in Ländern, in denen die Unterstützung des zionistischen Völkermords noch weiterläuft. In Italien berufen sich Gewerkschaften auf ein Gesetz von 1990, das Waffenexporte in Kriegsgebiete verbietet, und planen für Juni 2026 einen Generalstreik "Disarmiamoli".

Doch der Widerstand hat seinen Preis: In Schweden wurde der Aktivist Helgeson entlassen, und in Mailand kam es am 22. September 2025 zu gewaltsamen Zusammenstößen, als Tausende Arbeiter die Komplizenschaft Italiens anprangerten. Dennoch bleibt die Bewegung ungebrochen, inspiriert von palästinensischen Gewerkschaften, die 2023 zur Sabotage von Israels Kriegsmaschinerie aufriefen. In Bogotá erklärten im Juli 2025 zwölf Nicht-NATO-Staaten ein vollständiges Embargo gegen Israel.

Ein Leuchtfeuer der Menschlichkeit von zionistischen Piraten gelöscht

Die jüngste zionistische Piraterie gegen die "Global Sumud (GAZA)-Flottille (GSF)" durch israelische Spezialtrupps hat weltweit scharfe Kritik ausgelöst. Die Flottille mit über 40 Schiffen und rund 500 Aktivisten aus mindestens 44 Ländern – darunter US-Bürger, Briten, Belgier, Spanier, Malaysier, Türken und Kolumbianer – wollte humanitäre Hilfe in den Gazastreifen bringen und die illegale israelische Blockade brechen. Schwer bewaffnete israelische Soldaten enterten die Schiffe in internationalen Gewässern, etwa 70 Seemeilen vor der Küste, und nahmen Hunderte Passagiere gefangen, einschließlich der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg.

Diese Aktion wird international als klare Verletzung des Völkerrechts gewertet, da Schiffe in internationalen Gewässern das Recht auf freie Passage genießen. Weltweit wird die israelische Operation als "Piraterie" und "Terrorakt" bezeichnet. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan nannte sie "Banditentum" und kritisierte die "faschistischen und militaristischen Politiker" der Netanjahu-Regierung, die nicht nur Palästinenser, sondern alle Widerständler unterdrücke.

Kolumbiens Präsident Gustavo Petro ging noch weiter: Er erklärte die Ausweisung israelischer Diplomaten und die Kündigung des Freihandelsabkommens, forderte die Freilassung kolumbianischer Staatsbürger und sprach von notwendigen Klagen vor israelischen Gerichten. Südafrika rief Israel auf, die lebensrettende Ladung in den Gazastreifen zu lassen, und betonte die Solidarität mit dem Flotillenunternehmen. Pakistans Regierung und der malaysische Premier Anwar Ibrahim verurteilten die "Einschüchterung und Nötigung" unbewaffneter Zivilisten als Missachtung des Weltgewissens.

Amnesty International wies auf die "unrechtmäßige" Operation hin und warnte vor der fortgesetzten Aushungerung des Gazastreifens durch die Blockade seit 2007. Die palästinensische Autonomiebehörde sowie die Hamas bezeichneten die Aktion als "maritimen Terrorismus" und Verletzung palästinensischer Hoheitsgewässer. Reporter ohne Grenzen (RSF) kritisierte die Inhaftierung von Journalisten an Bord, und UN-Experten sowie der Internationale Gerichtshof (IGH) erinnern an frühere Urteile gegen die illegale Aufbringung von Schiffen und Blockaden.

Die entführten Crews und Passagiere – darunter Abgeordnete, Anwälte und Aktivisten – wurden inhaftiert, ohne Zugang zu den ihnen nach internationalem Recht zustehenden Konsularvertretungen. Live übertragene Videos zeigen, wie israelische Truppen Wasserwerfer und Blendlichter benutzt hatten, bevor sie die Schiffe enterten und teilweise mit brutaler Gewalt gegen die Passagiere vorgehen. Amnesty International äußerte tiefe Besorgnis vor allem um arabische Delegierte und Pro-Palästina-Aktivisten, die einer zionistischen Hetzkampagne ausgesetzt sind.

Weltweit protestierten Zehntausende in Städten wie Istanbul, Athen, Buenos Aires, Rom, Berlin und Madrid gegen diese "Barbarei". Bei dieser Aktion wird zugleich der anhaltende Schutz Israels gegen Strafe unterstrichen, den die Verbrecher des Netanjahu-Regimes Dank ihren westlichen Protektoren genießen.

Mit inzwischen mindestens 66.000 Toten im Gazastreifen, davon ein Drittel Kinder, ist der Widerstand der Hafenarbeiter mehr als nur ein Protest, sondern eine materielle Aktion, die sich gegen die Nabelschnur Israels richtet, nämlich die Einfuhr von Waffen und ihrer Vorprodukte. "Kein einziger Nagel mehr für Israel!", rief denn auch Riccardo Rudino in Genua und drohte: "Wenn Hilfsflottillen angegriffen werden, legen wir ganz Europa lahm." Dies lässt Hoffnung aufkommen.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln